

# Kulturkampf in Zeiten des Neoliberalismus

## Dominanz und Marginalisierung am Beispiel von Bolivien

*Josef Estermann*

Wenn die Rede vom „Weltdorf“ ein Körnchen Wahrheit enthält, dann sicherlich in dem Sinne, dass inzwischen jedes Dorf die tatsächlich existierende Welt-Unordnung spiegelt und dauernd reproduziert. Dies ist der Fall in der so genannten Ersten Welt mit den MigrantInnen aus aller Welt, dies stimmt aber in vielleicht noch offensichtlicherer Weise sicherlich von der so genannten Dritten Welt.

Was sich zum Beispiel im Moment in einem Land wie Bolivien abspielt, ist eine Konzentration und ein Brennpunkt dessen, was weltweit passiert. Der „Schmetterlingseffekt“ – der Flügelschlag eines Schmetterlings in Südostasien hat Auswirkungen auf Zentralamerika – ist keine Theorie von einigen Verrückten mehr, sondern erweist sich in politischen, wirtschaftlichen und sogar kulturellen Belangen als durchaus real. Wenn ein Scheich in Kuwait beschließt, den Preis des Rohöls anzuheben, merkt es in kurzer Zeit bereits der Kokabauer im Chapare in Bolivien, ohne dass er eine Zeitung gelesen oder Radio gehört hätte. Vielleicht müsste man – im Kontext der immer noch vorherrschenden kapitalistischen Globalisierung – vom „Tsunami-Effekt“ (die von einem Meeresbeben ausgelösten haushohen Wellen) sprechen, da die Auswirkungen solcher „Beben“ meistens katastrophal sind und Regionen betreffen, die offensichtlich nichts mit dem Epizentrum zu tun haben.<sup>1</sup>

Am Fallbeispiel von Bolivien lässt sich deshalb etwas näher betrachten, was zu Beginn des 21. Jahrhunderts weltweit geschieht und wie sich Prozesse der Dominanz und Marginalisierung, des Rassismus und der Verteilung der Ressourcen in der real existierenden neoliberalen Globalisierung abspielen.

### 1. Bolivien – Nährboden für die europäische Entwicklung

Bolivien ist auch nach seiner formellen Unabhängigkeit vor 180 Jahren (1825) ein ziemlich künstliches Gebilde geblieben. *Alto Perú*, Teil der spanischen Vizekönigreiche Peru oder Río de la Plata<sup>2</sup>, wurde im Verlaufe der Unabhängigkeitsbestrebungen südamerikanischer Staaten selbstständig, gleichsam als verwaistes Kind, aber auch als Lieblingskind von Simón Bolívar, dem es seinen Namen verdankt. Im Verlaufe der ersten 150 Jahre seiner so genannten „Unabhängigkeit“ hat Bolivien nicht nur mehr als die Hälfte seines Territoriums an die umliegenden Länder verloren, sondern – was für sein Selbstverständnis ungleich schwerer wiegt

---

<sup>1</sup> Entgegen der physischen Gesetzmäßigkeit, wonach die Auswirkungen eines Erdbebens proportional zur Distanz vom Epizentrum abnehmen, verlaufen die Auswirkungen wirtschaftlicher „Beben“ (Börsencrash; Bankrott von Multis usw.) meistens genau umgekehrt: Die wirtschaftlichen Peripherien kriegen die Auswirkungen solcher „Naturgewalten“ (die tatsächlich als solche wahrgenommen werden) ungleich stärker und ungeschützter zu spüren als die Epizentren selber.

<sup>2</sup> 1776 wurde das Vizekönigreich Río de la Plata gegründet, womit praktisch das gesamte heute zu Bolivien gehörende Territorium (die Audiencia Charcas) aus dem Vizekönigreich Peru herausgelöst wurde. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich Bolivien in den Unabhängigkeitsbestrebungen anfangs des 19. Jahrhunderts von Peru als selbstständiger Staat abtrennen hat und der Traum von Bolívar, eine lateinamerikanische Föderation zu errichten, nicht in Erfüllung ging.

– auch den Meereszugang an Chile abtreten müssen.<sup>3</sup> Seither ist Bolivien ein Binnenland (in Bolivien klingt die Bezeichnung der „*mediterraneidad*“ etwas weniger romantisch als in europäischen Ohren) und ist vom „Herzen“ praktisch zum Aschenputtel Lateinamerikas geworden.

Auch wenn die offizielle Bezeichnung Wert auf den strategischen und (vielleicht auch) emotional-kulturellen Standort Boliviens im „Herzen Südamerikas“ legt, spielt das Land politisch und wirtschaftlich in diesem Kontinent eine untergeordnete Rolle, und im Weltmassstab handelt es sich um eine zu vernachlässigende Grösse. In europäischen Zeitungen und Zeitschriften ist nur dann von Bolivien die Rede, wenn mindestens fünfzig Menschen bei einem Volksaufstand ums Leben gekommen sind oder der Präsident aufgrund anhaltender Blockaden und Demonstrationen den Rücktritt einreicht (so am 7. März dieses Jahres). In Wirtschaftsblättern tritt es höchstens als statistische Zahl auf.

Dabei war Bolivien (bzw. *Alto Perú*) einmal ein Eldorado für Abenteurer, Kapitalisten und Goldsucher aus aller Welt. Die Stadt Potosi gehörte im 17. Jahrhundert mit ungefähr 150.000 EinwohnerInnen zu den zehn grössten und aufstrebendsten Städte der Welt und konnte sich auch bezüglich des kulturellen Lebens durchaus mit Paris messen (Mesa-Gisbert 2003. 181)<sup>4</sup>. Heute ist es eine praktisch vergessene Kleinstadt (ca. 160.000 EinwohnerInnen) am Ende der Welt, erreichbar nur über Wellblechpisten und einen kleinen Flughafen. Potosi steht für das Schicksal von Bolivien insgesamt: Ein Land mit immensen Reichtümern nagt am Hungertuch.

Viele BolivianerInnen – und die Regierung stimmt dem bei – glauben, dass ihre aktuelle Situation vor allem mit der Tatsache zu tun habe, dass das Land keinen Meereszugang hat. Der Vergleich zur Schweiz (auch im „Herzen“ eines Kontinents gelegen) geht natürlich nicht auf und macht deutlich, dass der natürliche Reichtum eines Landes eher ein Fluch denn ein Segen ist: Die Schweiz, ein Land, praktisch ohne natürliche Ressourcen (ausser Wasser), das die Weltrangliste der reichsten Länder immer wieder anführt, und Bolivien, ein Land mit unermesslichen natürlichen Reichtümern, das in derselben Rangliste zwischen den Plätzen 90 und 120 oszilliert.<sup>5</sup> Zwei Binnenländer, zwei gebirgige Nationen, aber zwei Staaten mit völlig unterschiedlichen Geschichten und Ausgangsbedingungen.

Die enormen Silbervorkommen von Potosi haben im 17. und 18. Jahrhundert nicht nur die Kolonialmacht Spanien ernährt und entwickelt, sondern praktisch die Industrielle Revolution in Europa möglich gemacht und damit auch indirekt oder direkt die Kolonialisierung und Ausbeutung von Afrika und Teilen Asiens finanziert. Die Spanier haben während hundertfünfzig Jahre so viel Silber aus *Alto Perú* (dem heutigen Bolivien) geraubt und weggeschleppt, wie der bolivianische Staat heute benötigen würde, um den Staatshaushalt über hundert Jahre hinaus zu

---

<sup>3</sup> Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit von der spanischen Krone (1825) betrug die Oberfläche Boliviens insgesamt 2.373.256 km<sup>2</sup>; heute gehören nur noch 1.098.581 km<sup>2</sup> zum nationalen Territorium Boliviens, also weniger als die Hälfte. Nach dem „Krieg des Pazifik“ gegen Chile (1879/80) und dem Friedensvertrag von 1904 trat Bolivien 120.000 km<sup>2</sup> an Chile ab und verlor dadurch den Meereszugang; 1860, 1867, 1903 und 1958 wurden 490.430 km<sup>2</sup> an Brasilien abgetreten oder „verkauft“, 1909 weitere 250.000 km<sup>2</sup> an Peru (Grenzstreitigkeiten), 1935 234.000 km<sup>2</sup> an Paraguay („Chaco-Krieg“), und 1897 170.758 km<sup>2</sup> an Argentinien (Grenzstreitigkeiten). Bolivien verlor somit seit seiner Gründung insgesamt 1.265.188 km<sup>2</sup> oder 53,3% seines Territoriums.

<sup>4</sup> Dabei setzte sich diese Zahl laut einer Volkszählung von 1611 folgendermassen zusammen: 66.000 „Indios“, 40.000 ausländische Spanier; 3000 Spanier aus Potosí; 35.000 in Lateinamerika geborene Spanier („criollos“) und 6.000 Schwarze.

<sup>5</sup> Im Jahre 2001 lag Bolivien an der Stelle 114 der Weltrangliste, welche die „menschliche Entwicklung“ misst; damit lag es in Südamerika an letzter Stelle. Einige Daten, die diesen Stellenwert unterstreichen: durchschnittliche Lebenserwartung 63,3 Jahre; Analphabetismus 14 %; Bruttosozialprodukt pro Person 882 US\$; Arme 60% (PNUD 2004: 271; Iriarte 2004: 318).

sichern, alle Schulden abzuführen und in die eigene Wirtschaft, Bildung und Gesundheit zu investieren. Heute aber kommt der Silberschatz in Form vom Krediten und Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank daher, die von den bereits völlig verarmten Bevölkerungsschichten noch weitere Opfer verlangen, um den Heiss hunger des internationalen Kapitals zu stillen. (Bolivien wendet im Moment 28% seines Bruttosozialproduktes für den internationalen Schuldendienst auf).

Nachdem die Silberminen von Potosi geplündert waren und sich die Stadt immer mehr in eine Geisterstadt verwandelt hatte, erschienen bereits die nächsten Aasgeier am Horizont, diesmal mit dem Blick auf die riesigen Zinnvorkommen in den bolivianischen Anden. Anfangs des 20. Jahrhunderts waren es die Briten – im Verbund mit dem bolivianischen Zinnbaron Simón Iturri Patiño –, die für den Fortgang der Industriellen und Kapitalistischen Revolution unbedingt günstige Rohstoffe wie Zinn, Kupfer und Eisen benötigten. Der junge Staat Bolivien brauchte dringend Kapital, um sich einigermaßen konstituieren und gegen die Angriffe von Chile, Brasilien und Paraguay wehren zu können. Die Zinnminen wurden deshalb britischen Firmen zu einem Linsengericht verkauft, die während Jahrzehnten die Zinnvorkommen schamlos aus dem Land schafften.

Und schliesslich war da noch der Salpeter, der es Bolivien noch einmal ermöglicht hätte, seine eigene Wirtschaft aufzubauen und seiner Bevölkerung eine angemessene Bildung, ein Leben in Würde und Gerechtigkeit zu ermöglichen. Aber wiederum zog es die politische und wirtschaftliche Elite vor, den Reichtum ausländischen Konzernen zu verschenken und sich dabei natürlich selber ausreichend zu bereichern. Die einheimische Bevölkerung, die als Fronarbeiter in den Silberminen umgekommen waren und für die Briten gegen einen Hungerlohn das Zinn aus den Bergen geschafft haben, war auch im Falle des Salpeters wiederum Manövriermasse und billige Arbeitskraft. Der grosse Kuchen aber wurde über ihre Köpfe hinweg verteilt, und niemandem wäre es eingefallen, die Rechtmässigkeit der Aneignung der Reichtümer des Landes durch die Eliten und transnationalen Konzerne in Frage zu stellen.

Seit der Conquista durch die Spanier lief der kulturelle und ethnische Rassismus parallel zur wirtschaftlichen und politischen Diskriminierung. Die irrtümlicherweise „Indios“ genannten ursprünglichen BewohnerInnen der Andenregion, die einer ausgesprochen gut organisierten und hoch stehenden Kultur und Gesellschaft angehörten, wurden über Nacht enterbt und zu einem Leben verurteilt, das bis heute aus Entbehrung, Erniedrigung, Marginalisierung und Verachtung besteht. Die neuen Herren machten sich über die Reichtümer her und verteilten diese untereinander, als ob sie ihnen gehörten; wo diesbezüglich Zweifel aufkommen sollten, wurde mit den entsprechenden Gesetzen und philosophischen Legitimierung der spanischen Krone nachgeholfen. Die einheimische Bevölkerung musste sich auf die unfruchtbaren und kargen Gegenden der Hochanden zurückziehen oder aber ihre immer enger werdende Freiheit verkaufen und sich in den Dienst der Silber- und Zinnbarone begeben. Millionen von Indígenas kamen in den Silberminen von Potosi um, und wer nicht wirklich starb, wurde sicherlich nicht älter als 40.

Während die Eliten die einheimische Bevölkerung als Kanonenfutter in ihren „patriotischen“ Kriegen verwendeten (Bürgerkrieg von 1899; Chaco-Krieg 1935) und als Minenarbeiter, die an die Höhe und die erbärmlichen Verhältnisse in den Minen gewöhnt waren, ausbeuteten und oftmals in den Tod oder in die Verzweiflung trieben, machten sie gleichzeitig keinen Hehl aus ihrer Verachtung und Geringschätzung der einheimischen Kultur, Religion und Gewohnheiten. „Indio“ wurde zu einem Schimpfwort und sollte eine deutliche Grenzlinie zwischen den Mestizen und Weisshäutigen ziehen, die sich aufgrund ihrer Kultur und Bildung berechnigt sahen, nicht nur die Reichtümer zu plündern, sondern auch einen Rassismus zu praktizieren, der bis heute praktisch ununterbrochen und unangefochten spielt.

## 2. Bolivien – Spielball transnationaler Konzerne

Bolivien hat in Lateinamerika einer der grössten Anteile indigener Bevölkerung (63%), und ist zugleich das ärmste Land Südamerikas. Neben der spezifischen Geschichte des extrem ausbeuterischen spanischen Kolonialismus und der Herausbildung einer ausländerfreundlichen Oligarchie gibt es sicherlich einen Kausalzusammenhang zwischen diesen beiden Sachverhalten: bis weit ins 20. Jahrhundert hinein konnte die indigene und Mestizenbevölkerung praktisch nicht am politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Ein Teil widmete sich einer Subsistenzwirtschaft, die kaum für das eigene Überleben ausreichte, und ein Teil verkaufte seine Arbeitskraft, im Dienst am Kapital, der Oligarchie oder den ausländischen Unternehmen. Der natürliche Reichtum wurde nach und nach aus dem Land geschafft, und die Bedingungen, einen eigenen internen Reichtum zu produzieren, wurden systematisch hintertrieben.

Bis Mitte des 20. Jahrhunderts hatte die indigene Bevölkerung keinen Zugang zur Schulbildung, und erst mit der Revolution von 1952 bekam sie überhaupt einen formalen Zugang zur Demokratie. Diese Anerkennung als StaatsbürgerInnen bedeutete aber noch lange keine wirkliche Teilhabe am produktiven, kulturellen und politischen Leben der Nation. Heute beträgt der Anteil der indigenen Bevölkerung im Parlament höchstens 7%, in der Regierung ist einer von insgesamt 15 MinisterInnen indigener Herkunft, und in den wirtschaftlichen Unternehmen sind die Indígenas höchstens in untergeordneten Positionen zu finden.

Ganz offensichtlich zeigt sich die „rassistische Arbeitsteilung“ im Bereich der Landwirtschaft und der Hausarbeit. Während die indigene Bevölkerung im Andenhochland kleine Parzellen von einer oder zwei Hektaren bearbeiten, die wegen der Höhe und Trockenheit kaum ausreichen, um zu überleben, sind die grossen und fruchtbaren Ländereien des östlichen Tieflandes in Händen von ein paar reichen und einflussreichen Familien, oft mit klingenden kroatischen, russischen oder libanesischen Namen. Trotz der Agrarreform, die eigentlich Latifundien verbietet, ist es kein Ausnahmefall, dass ein einziger Agro-Unternehmer hunderttausend Hektaren fruchtbaren Landes besitzt, auf dem die Indígenas für einen Hungerlohn arbeiten. Konflikte zwischen den Grossgrundbesitzern und der indigenen Bevölkerung, die immer wieder in die Enge getrieben wird und am Rand der Latifundien kleine Parzellen bewirtschaften, sind an der Tagesordnung.

Dasselbe Bild ergibt sich hinsichtlich der Hausarbeit. In den Familien der Mittelschicht und Oberschicht der grösseren Städte trifft man mit grosser Regelmässigkeit eine indigene Hausangestellte („cholita“), die Aymara oder Ketschua spricht, nicht lesen oder schreiben kann, eine *Pollera* (typische weite Röcke, die übereinander getragen werden) trägt und ihre langen schwarzen Zöpfe auf dem Rücken zusammenbindet. Viele hausen in einem winzig kleinen Zimmer einer grossen Villa, arbeiten vierzehn Stunden pro Tag und werden von der Herrin des Hauses und den Kindern gedemütigt und oft noch vom Hausherrn sexuell missbraucht.

Nachdem das Silber, das Zinn und der Salpeter aus dem Land weggeschafft worden sind, ohne dass die indigene Bevölkerung auch nur die geringste Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erfahren hätte, steht heute das Erdgas auf dem Spiel. Bolivien hat die grössten Erdgasvorkommen Südamerikas, und das haben nicht nur die vergangenen Regierungen, sondern auch die transnationalen Konzerne schon längst gemerkt. 1985 wurde dem Neoliberalismus Tür und Tor geöffnet, die Staatsminen und viele öffentliche Dienstleistungen wie Telephon, Post und sogar das Trinkwasser privatisiert. Transnationale Unternehmungen bekamen von der ultra-liberalen Regierung alle möglichen Privilegien, um den noch im Land

verbleibenden Reichtum auszubeuten und die Gewinne an die Zentralen in den USA und in Europa abzuführen.

Aber die Situation ist nicht mehr dieselbe wie zu Zeiten des Silbers von Potosí, des Zinns des „Königs“ Patiño oder des Salpeters. Die indigene Bevölkerung hat im Anschluss an die Fünfhundertjahrfeier der Eroberung und Marginalisierung (1992) an Einfluss und Bewusstsein gewonnen, die sozialen Bewegungen von Kokabauern, Minenarbeitern, Armenvierteln und Gewerkschaften haben angefangen, sich über die traditionellen politischen Parteien hinaus zu organisieren und den Widerstand zu üben.

Alles begann mit dem sogenannten „Wasserkrieg“, 2000 in Cochabamba, bei dem aufgrund der Mobilisierung der Bevölkerung das transnationale Unternehmen Bechtel mit Sitz in den USA, das die Trinkwasserversorgung der Stadt in Händen hatte, zum Teufel gejagt wurde. Dies war der Anfang des Endes der Geduld und der Auftakt zu einer Bewegung gegen den Ausverkauf der Ressourcen an das internationale Kapital. Ein zweites Mal wurde der Aufstand gegen den von der Regierung forcierten Neoliberalismus und die Privatisierungswelle im Februar 2003 (12. und 13.) geprobt, als die Volksbewegungen in Bolivien (insbesondere in La Paz und El Alto) die von der Regierung Sánchez de Lozada („Goni“) im Auftrag des Internationalen Währungsfonds beschlossene Lohnsteuer vehement zurückwies und die Regierung zum Rückzug der Massnahme zwang.

Die dritte und entscheidende Rebellion der indigenen und popularen Bewegungen Boliviens war dann der so genannte „Gaskrieg“ im September und Oktober 2003, der insgesamt 63 Todesopfer und 257 zum Teil schwer Verletzte forderte, und der mit der panikartigen Flucht des USA-freundlichen Staatspräsidenten Sánchez de Lozada nach Miami endete. 1985 wurde der Neoliberalismus unter dem Präsidenten Víctor Paz Estenssoro per Dekret (Nr. 21060) praktisch zum Staatsdogma erklärt. Damit begann ein 20-jähriger Prozess der Privatisierung von Staatsbetrieben (die so genannte „Kapitalisierung“), der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, des Ausverkaufs der Staatsminen und natürlichen Ressourcen. Der ultra-liberale Präsident Sánchez de Lozada, der als Wirtschaftsminister unter Paz Estenssoro das ominöse Dekret 21060 ausgearbeitet hatte, stellte in seiner ersten Amtszeit (1993-1997) die Weichen für eine extrem neoliberale Politik, wie sie nicht einmal von den grössten Falken im Währungsfond oder bei der Weltbank vertreten wurde.

Drei Tage vor dem Ende seiner ersten Amtszeit (1993-1997) unterzeichnete „Goni“ ein Dekret (Nr. 24806), das den multinationalen Unternehmen das Eigentumsrecht auf die fossilen Brennstoffe (Erdöl und Erdgas) übertrug. Bis zu seinem erzwungenen Abgang im Oktober 2003 wurden insgesamt 63 Verträge mit multinationalen Unternehmen unterzeichnet, in denen den Multis unglaubliche Konzessionen gemacht wurden und praktisch Steuerbefreiung versprochen wurde. Einmal mehr sollte der noch verbleibende Reichtum Boliviens ans ausländische Kapital verschenkt werden. Als dann „Goni“ während seiner zweiten Amtszeit (August 2002 bis Oktober 2003) einen Vertrag mit Chile, dem Erzfeind Boliviens, unterzeichnete, um das Erdgas über chilenische Häfen nach Kalifornien exportieren zu können, war das Fass voll. Volksbewegungen und indigene Organisationen im Andenhochland begannen den Aufstand und kreisten die Regierungsstadt La Paz ein. Santa Cruz, die Wirtschaftsmetropole des bolivianischen Ostens, hielt sich stillschweigend abseits.

Das Volk gewann den „Gaskrieg“ mit grossen Opfern, Goni wurde aus dem Land gejagt, und die „Agenda von Oktober“ 2003 sah ein Volks-Referendum über die Erdgasvorkommen, die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung und die Suspendierung der von den neoliberalen Regierung verabschiedeten Dekrete vor. Der Übergangspräsident Carlos Mesa – Vizepräsident unter Gonzalo Sánchez de Lozada – berief für den 18. Juli 2004 tatsächlich ein

Referendum zu den fossilen Brennstoffen ein und stellte dem Volk fünf Fragen, die allerdings unterschiedlich ausgelegt wurden. Das Resultat war eindeutig: Das bolivianische Volk wünscht sich eine Nationalisierung der fossilen Bodenschätze und hält nach dem Raub des Silbers und dem Ausverkauf des Zinns und Salpeters einer weiteren Plünderung der natürlichen Reichtümer Boliviens durch das multinationale Kapital ein deutliches Nein entgegen.

Aber das Kapital und die neoliberalen Kräfte in den Unternehmerkreisen geben sich noch keineswegs geschlagen; die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes („Ley de Hidrocarburos“), das den Volkswillen respektieren soll, wird systematisch hintertrieben und immer wieder verschleppt. Anfangs 2005 kommt es deshalb wieder zu Volksaufständen, ausgelöst durch eine aufgrund des Drucks des Internationalen Währungsfonds erfolgte Anhebung der Brennstoffpreise durch die Regierung. Diesmal scharen sich die Unternehmerkreise von Santa Cruz im Osten des Landes hinter die protestierenden Volksmassen, aber mit ganz anderen Absichten: Sie fordern eine Autonomie der Regionen, um ein soziales Erdgas-Gesetz und eine neue Verfassung zu verhindern, welche die Interessen des Grosskapitals beeinträchtigen könnten. Diese „unheilige Allianz“ zwischen den indigenen Bewegungen des Andenhochlandes und den agroindustriellen Unternehmern des östlichen Tieflandes hält die Regierung nach wie vor in Schach.

Die Volksbewegungen in El Alto – der armen Satellitenstadt von La Paz – konnten im Januar 2005 den Rauswurf von „Aguas de Illimani“ erreichen, einer Firma, die dem französischen Multi „Suez-Lyonnaise des Eaux“ gehört, und die mit dem Trinkwasser für die arme Bevölkerung grosse Gewinne machte. Das Tauziehen zwischen den grossen indigenen und popularen Mehrheiten einerseits, und der Oligarchie von nationalen Eliten und multinationalen Unternehmen andererseits hält an, und die Regierung hat bis jetzt noch keine mutigen Schritte getan. Der internationale Druck ist denn auch gewaltig: Die europäische Union hat bereits mit dem Rückzug der Entwicklungszusammenarbeit gedroht, falls das Brennstoffgesetz die Interessen der Multis zu stark beeinträchtigen würde. Die USA, die über die Botschaft in La Paz *de facto* das Land regiert, wird eine Nationalisierung der Erdgasvorkommen nicht hinnehmen, und der Währungsfond und die Weltbank knüpfen weitere Kredite an die Bedingung, dass die bestehenden Verträge mit den 63 Multis nicht verändert werden.

### **3. Eine interkulturelle Interpretation**

Was sich in Bolivien im Augenblick abspielt, ist ein Ausdruck der tatsächlich erfolgenden Globalisierung und deren Widersprüche im Kleinen. Die 1985 mit viel Lärm eingeleitete neoliberale Öffnung ist in eine Phase der offenen Krise geraten und befindet sich zurzeit in einer regelrechten Sackgasse. Die USA konnte den Plan einer Freihandelszone (ALCA), die von Alaska bis Feuerland reichen sollte, nicht fristgerecht (anfangs 2005) verwirklichen und versucht es nun mit der bewährten Salamtaktik des „*Divide et impera*“, da sie auf entschiedenem Widerstand von Venezuela, Brasilien und Argentinien stösst. Noch behält der neoliberale Diskurs einer Elite in Bolivien die Oberhand und fordert einen Freihandelsvertrag (TLC) mit den USA. Aber die Oligarchie und die Regierung merken auch allmählich, dass die grossen Volksmassen und indigenen Völker nicht mehr einfach Kanonenfutter und Manövriermasse sind.

Während die Elite Boliviens (die weisshäutigen „Q'aras“) – im Verbund mit dem internationalen Kapital – nach wie vor eine abendländische Rationalität und eine wirtschaftliche Akkumulations- und Effizienzlogik vertritt, leisten die Aymaras, Ketschuas und Guaranis, die immerhin 63% der bolivianischen Bevölkerung ausmachen, mit einer ganz anderen Rationalität

Widerstand gegen diese Art der Globalisierung. Die Elemente dieser Rationalität ergeben sich aus der jahrtausendealten Weisheit der indigenen Völker und lassen sich schematisch wie folgt zusammenfassen:

- die Natur ist ein lebendiger Organismus
- der Mensch ist Teil der kosmischen Ordnung
- alles hängt mit allem zusammen (Prinzip der Relationalität)
- der Mensch ist nicht Besitzer, noch Ausbeuter natürlicher Ressourcen, sondern deren Wächter und Bewahrer
- jede Störung des natürlichen und kosmischen Gleichgewichts hat Auswirkungen auf alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens
- die natürlichen Ressourcen (Erde, Wasser, Bodenschätze, Wälder usw.) gehören allen und dienen dem Erhalt des Lebens und der kosmischen Ordnung
- jeder Handlung und jedem Element entspricht eine gleichwertige Handlung (Prinzip der Reziprozität)

Diese Rationalität steht in eklatantem Widerspruch zu der von der neoliberalen Globalisierung vertretenen Profit- und Akkumulationslogik. Die Privatisierung der Bodenschätze und der natürlichen Ressourcen wie Trinkwasser und der Biodiversität (Patentierung von Lebewesen) spiegelt eine Weltsicht, in der das Eigentumsrecht des Individuums und die unbeschränkte Machbarkeit der Umwelt und Reproduzierbarkeit des Lebens den Stellenwert eines Dogmas einnehmen. Die mit der abendländischen Moderne eingeleitete und vom wirtschaftlichen Liberalismus vorangetriebene Revolution des *homo faber* und des *homo accumulans* stützt sich auf die Axiome der okzidentalen Rationalität, nach welcher der Mensch als freies Subjekt einer unfreien Objektwelt gegenübersteht, die er nach seinem Bild umzugestalten und zu „vermenschlichen“ hat. Die liberalen Menschenrechte, die sich um die Eigentumsrechte scharen und diesen subsidiär zuarbeiten, zementieren nicht nur einen extremen Anthropozentrismus, sondern führen praktisch zu einem Solipsismus, wie er in der neoliberalen Privatisierungslogik und im unbeschränkten Hedonismus der Postmoderne zum Ausdruck kommt.

Der andine Mensch betrachtet sich selber – im Gegensatz zum vorherrschenden abendländischen Individualismus - als Teil des kosmischen Ganzen, in dem er eine ganz spezifische Funktion ausübt: er ist *Chakana* (Brücke) zwischen den verschiedenen Regionen, Elementen und Aspekten, und er ist *Arariwa* (Wächter und Bewahrer) der kosmischen Ordnung, die er mittels Ritualen und einer Ethik der kosmischen Verantwortung im Gleichgewicht behält oder wieder ins Gleichgewicht bringt, falls sie aus den Fugen geraten ist. In all seinen Tätigkeiten leiten ihn die Prinzipien der Relationalität, Komplementarität und Reziprozität.

Die Konflikte, die sich im Moment in Bolivien abspielen und die nur die Spitze des Eisbergs darstellen, haben nicht einfach mit „kulturellen Unterschieden“ oder mit einem so genannten „Modernitätsstau“ zu tun. Es geht um die Widersprüche zwischen zwei unterschiedlichen und zum Teil entgegengesetzten Paradigmen („Kosmvisionen“), die bereits seit der spanischen Conquista existieren, die aber aufgrund der realen Machtverhältnisse immer wieder unsichtbar gemacht werden konnten oder in postmoderner Art und Weise als „ethnische“ oder „kulturelle“ Diversität abgehandelt werden.

Bolivien gilt aufgrund der bestehenden Verfassung von 1993 offiziell als „multiethnisches und plurikulturelles“ Land (Artikel 1). Immer wieder wird in politischen Diskursen auf die „kulturelle Diversität“ als Reichtum des Landes und Chance für eine interkulturelle Verständigung hingewiesen. Eine auf dieser Vielfalt ruhende interkulturelle Identität ist umso

wichtiger, als Bolivien nie wirklich eine Nation war und noch weniger eine einheitliche kulturelle oder ethnische Identität besitzt. Angesichts der Mehrheit der indigenen Bevölkerung geht es nicht einmal an, die bolivianische Identität im Sinne der Mestizierung als „Mischlingsidentität“ zu definieren. Politisch und wirtschaftlich aber haben die Oligarchien das Land seit der Kolonialzeit immer wieder als „weiss“ und „abendländisch“ zu definieren versucht und damit die grossen Mehrheiten von Indígenas und Mestizen wohlweislich ausgeklammert. Der „interkulturelle“ Diskurs von Regierung und Intellektuellen versucht zwar der „Multiethnizität“ und „Plurikulturalität“ Rechnung zu tragen, vertuscht aber zugleich die eigentliche Problematik, die mit Macht und wirtschaftlichen und politischen Interessen zu tun hat.

Es ist sehr wichtig, dass der interkulturelle Diskurs nicht zum Hofnarren des neoliberalen und postmodernen Globalisierungsdiskurses wird. Eine oberflächlich „kulturalistische“ Lektüre Boliviens zum Beispiel interpretiert den indigenen Widerstand gegen die Privatisierungen und die Kapitalisierung von Staatsbetrieben und Bodenschätzen als ethnischen und „kulturellen“ Widerstand gegen Fortschritt, Modernität, Effizienz, Produktivität und Demokratie, als eine Art Nostalgie und ethnische Exotik. Es handelt sich aber nicht einfach um einen „Zusammenprall von Zivilisationen“ im nationalen Rahmen, um eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen, um eine Folge der „kulturellen Diversität“. Es geht um einen Kampf der Paradigmen mit deutlich wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen.

Die Situation in Bolivien, aber auch in vielen anderen Kontexten, ist weit komplizierter, als die monokulturellen indigenistischen oder okzidental Diskurse glauben machen. Die Diskriminierung aufgrund der Ethnizität und Rasse, die seit der *Conquista* zum täglichen Vokabular der Eliten gehört und die von der indigenen Bevölkerung bis zu einem so extremen Grad verinnerlicht und zu eigen gemacht worden ist, dass die grössten Menschenrechtsverletzungen während Jahrhunderten zur Normalität gerechnet wurden, geht einher mit einer wirtschaftlichen und politischen Diskriminierung. Die Armut in Bolivien hat eine dunkle Hautfarbe und kann weder lesen noch schreiben.

Aufgrund der Vorherrschaft des abendländischen Paradigmas des Wirtschaftens und der politischen Gestaltung der Gesellschaft, blieben indigene Modelle einer „solidarischen Ökonomie“ und einer auf Konsens beruhenden Demokratie immer in den Nischen exotischer Alternativen zurück, die sich aber niemals als ernst zu nehmende Konkurrenz zur bestehenden Ordnung emporschwingen konnten. Erst seit zwei Jahrzehnten bricht sich dieser alternative Diskurs Bahn, auch wenn er dauernd in Gefahr ist, von den herrschenden Oligarchien vor ihren Karren gespannt zu werden. Die nach dem blutigen „Schwarzen Oktober“ 2003 angekündigte Verfassungsgebende Versammlung sollte diesen Diskurs auf eine kreative Art und Weise einbeziehen und endlich der indigenen Bevölkerung die Präsenz in Wirtschaft und Politik ermöglichen, die sie während 500 Jahren nicht hatte.

Dagegen aber gibt es Opposition von unterschiedlichen Seiten: Radikale indigenistische Kreise der Aymaras schlagen eine unabhängige indigene Republik „Qollasuyu“ vor, und gewisse Unternehmerkreise des bolivianischen Ostens drohen mit der Errichtung einer „Nation Camba“. Rassismus hüben und drüben: Die Miss Bolivien 2004, eine weissshäutige *Camba* aus Santa Cruz, äusserte sich in einem Interview dahingehend, dass das Bild von Bolivien im Ausland als einem Land von kleinwüchsigen, dunkelhäutigen BergbewohnerInnen nicht der Wirklichkeit entspreche, sondern dass man (und frau!) in Bolivien weissshäutig und grossgewachsen sei und Englisch (!) spreche. Damit drückte sie genau den in vielen Kreisen virulenten Rassismus gegenüber der indigenen Bevölkerung aus. Umgekehrt hat sich der Anführer der radikalen Aymara-Bevölkerung, der „Mallku“ Felipe Quispe, ebenso rassistisch über die Mestizen- und weisse Bevölkerungsschicht in La Paz und dem Osten des Landes ausgelassen.

Eine „Nation Camba“ hätte dabei sicherlich weit grössere Chancen auf ein Überleben als eine Republik „Qollasuyu“, befinden sich doch die grossen Erdgas- und Erdölvorkommen, sowie die riesigen Ländereien ausgerechnet im Osten des Landes, während das Gebiet der Aymaras nach wie vor einer kargen Subsistenzwirtschaft vorbehalten bleibt. Worin könnte denn ein interkulturelles Projekt in Bolivien bestehen, das nicht nur nostalgische oder romantische Züge trägt, sondern der oben erwähnten Auseinandersetzung von zwei Paradigmen Rechnung trägt? Wie kann und soll die Problematik von Dominanz, Diskriminierung und Marginalisierung in die interkulturelle Debatte einfließen und sie von innen her dynamisieren? Oder noch einmal anders gefragt: Welche Alternative zu einem radikalen Indigenismus und einem ebenso extremen Okzidentalismus könnte für Bolivien gangbar sein?

#### **4. Damit sich die Geschichte nicht wiederholt**

Bolivien ist ein Zerrspiegel der real existierenden Globalisierung. Das aus dem abendländischen Geist erwachsene Paradigma der Moderne mit den vorherrschenden *philosophema* des Individualismus, Liberalismus, der Anthropozentrik, Fortschrittsgläubigkeit, Machbarkeit, aber auch der unterschiedlichen Dualismen (zwischen Kultur und Natur, Göttlichem und Menschlichem), dieses Paradigma expandiert sich aufgrund der ökonomischen und kulturellen Globalisierungsprozesse mit Schwindel erregender Geschwindigkeit und droht andere Paradigmen zu absorbieren. Gleichzeitig zeigen sich deutlich die Grenzen dieses Lebens- und Weltmodells; es lässt sich nur auf Kosten einer wachsenden Mehrheit von Ausgeschlossenen, von Armen und Diskriminierten verwirklichen und findet in der Endlichkeit von Ressourcen und Märkten, von Klimaveränderungen und militärischer Selbstzerstörung ihre eigene Widerlegung.

Dieses dominierende Paradigma, das ursprünglich philosophisch unschuldig daherkam (wenn es überhaupt so etwas wie eine philosophische Unschuld gibt!), ist zur Speerspitze des globalisierten Kapitalismus geworden. Die handfesten Interessen der Oligarchie in Bolivien verteidigen bis aufs Blut das Recht auf das Privateigentum von riesigen Ländereien, der noch verbleibenden Bodenschätze, ja sogar des Wassers, der biologischen und genetischen Ressourcen. Diesem liberalen Menschenrecht (als Eigentumsrecht) steht das existentielle Recht auf das Leben gegenüber, das für die grosse Mehrheit der Bolivianerinnen und Bolivianer gefährdet ist und das durch die Vorherrschaft des neoliberalen Paradigmas dauernd verletzt wird.

Seit rund zehn Jahren erhebt sich immer mehr Widerspruch und Widerstand gegen das als „einzig möglicher“ Weg verkündete Paradigma abendländischer Machbarkeit und Akkumulation. Das Bewusstsein der 500 Jahre der Unterdrückung und Marginalisierung der indigenen Völker in Lateinamerika, das Erwachen der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen, konzentriert in den Weltsozialforen (seit 2001), ein neu entstandenes muslimisches Selbstbewusstsein, und eine Rückbesinnung auf die lokalen und ethnischen Traditionen in vielen Teilen der Welt stehen für diese Gegenbewegung. In Bolivien hat dieses Bewusstsein politische Kraft erlangt.

2002 hätte der Kokabauern-Führer Evo Morales mit seiner Partei „*Movimiento al Socialismo*“ (MAS) um ein Haar die Präsidentschaft erlangt. Die indigene Bewegung „*Movimiento Indígena Pachakuti*“ (MIP) von Felipe Quispe zog mit 6,3% ins Parlament, was zwar noch längst nicht den wirklichen Verhältnissen entspricht, was aber noch vor zehn Jahren unvorstellbar gewesen war. Den indigenen und popularen Bewegungen ist es in den vergangenen fünf Jahren immer wieder gelungen, das öffentliche Leben lahmzulegen, den Internationalen

Währungsfond zu peinlichen Rückziehern und multinationale Unternehmen zum Abzug zu zwingen, und sogar einen Präsidenten aus dem Land zu jagen.

Bolivien ist weder als indigene Nation noch als abendländische Republik überlebensfähig. Die von den Volksaufständen geforderte Verfassungsgebende Versammlung sollte die Karten neu mischen und einen neuen „Sozialvertrag“ vorschlagen, der eine Gesellschaft vorsieht, in der „alle Platz haben“ (das Motto der Zapatisten in Chiapas). Und dies kann nur eine interkulturelle und interparadigmatische Gesellschaft sein, in der neben dem Markt auch der Tauschhandel, neben dem Konkurrenzprinzip das Solidaritätsprinzip, neben der Akkumulation die kommunale Verteilung, neben dem Privat- auch das Kommunaleigentum, neben der binären Logik des Okzidents auch die inklusive Logik der Anden Platz haben. Das Komplementaritätsprinzip der andinen Weisheit ermöglicht eine solche Inklusivität von Modellen, Lebens-, Wirtschafts- und politischen Gestaltungsformen. Eine „kommunale Rechtsprechung“ widerspricht nicht der formalen Rechtssprechung römisch-germanischer Herkunft, eine Kultur der Feier und des Rituals braucht nicht im Widerspruch zu einer Kultur der Schriftlichkeit und Innerlichkeit zu stehen.

Wohl aber besteht ein unüberwindlicher Widerspruch zwischen dem Absolutheitsanspruch des internationalen Kapitals und dessen nationalen Interessenvertretern auf Privatbesitz natürlicher Ressourcen einerseits, und den Forderungen der Mehrheit der verarmten indigenen und popularen Bevölkerung Boliviens, dass die natürlichen Ressourcen (Land, Wasser, Biodiversität, Bodenschätze usw.) allen gehören und zur Reproduktion des Lebens aller verwendet werden dürfen, andererseits. Die Oligarchie von Agro- und Petroindustriellen, von Minenbesitzern und Exporteuren setzt alles daran (Manipulation, Korruption, Drohungen, bis hin zu Mord), dass die Verfassungsgebende Versammlung nicht zustande kommt, dass kein neues (soziales) Gesetz der fossilen Brennstoffe zustande kommt und dass der Freihandelsvertrag (TLC) mit den USA so schnell und geheim wie möglich unter Dach und Fach gebracht wird.

Welche Rolle könnte eine interkulturelle Philosophie in einer Situation offener und gewaltsamer Konfrontation zwischen den erwähnten Paradigmen spielen? Eine „neutrale“ Haltung im Sinne einer Verortung der Subjekte in einem inexistenten „Inter“ ist nicht nur epistemologisch, sondern auch und vor allem ethisch unmöglich. Angesichts des unermesslichen Ausmaßes der Produktion von Ungerechtigkeit, Ausschluss und Diskriminierung durch das herrschende wirtschaftliche und kulturelle Modell ist nur eine klare Option zugunsten der „Opfer der Geschichte“ möglich, und zwar auch im Sinne der „Opfer der vorherrschenden Philosophiegeschichte“. Diese Option für die Ausgeschlossenen ist zugleich eine Option für die ausgeschlossene Philosophie, für die Alterität philosophischer Weisheit, für indigene und populare Philosophien.

Noch ist die Zeit eines *Pachakuti* (Revolution; kosmische Umwälzung) nicht gekommen. Viele Anzeichen weisen aber auf ein Ende der fünfhundertjährigen Geschichte des Unsichtbarmachens, der Erniedrigung, der Verachtung und des Vergessens der originären Völker dieser Erde hin. Eine Umwälzung, die vielleicht eines Tages die wahre „Barbarei“ des kapitalistischen Monsters und dessen „Zivilisation“ offenbaren und die lebensfreundliche Öko-Spiritualität der in den offiziellen Geschichtsbüchern als „Barbaren“ behandelten indigenen Völker ans Tageslicht bringen wird. Die Geburtswehen dieses Prozesses sind in Bolivien nicht mehr zu leugnen und fordern tagtäglich Blut, Tränen und Trauer.

Aber mitten im heftigsten Kampf, wie er Ende Januar sowohl in El Alto als auch in Santa Cruz gewütet hat, legen Frauen und Männer ihre *Wiphalas* und *Chakitaqllas* nieder und feiern Karneval, ein *Pachakuti* ganz anderer Art, eine Parenthese in der Zeit, eine Antizipation einer Gesellschaft, in der alle Platz haben.

## **Bibliographie**

PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) (2004). *Interculturalismo y Globalización – La Bolivia posible: Informe Nacional de Desarrollo Humano 2004*. La Paz: PNUD.

Iriarte, Gregorio (2004) *Análisis Crítico de la Realidad: Compendio de Datos Actualizados*. 15a edición. Cochabamba: Kipus.